

Senatsbeschlüsse

über die 142. Sitzung des Senats

am 13.02.2018, 11:15 Uhr

3503.) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Senats am 06.02.2018

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschrift über seine Sitzung am 6. Februar 2018.

3504.) Landesausschuss für Berufsbildung
Änderung der Besetzung für die 12. Amtsperiode
(Vorlage 1873/19)

Beschluss:

1. Der Senat beruft Frau Angela Feldhusen als stellvertretendes Mitglied des LAB ab.
2. Der Senat beruft Herrn Tim Oberdieck und Herrn Markus Häveker zu stellvertretenden Mitgliedern des LAB.

3505.) "Einhaltung von Betreuungsstandards in der Kindertagesbetreuung"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1874/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle...“ im zweiten Satz die Worte „Frauen und Männer“ ersatzlos gestrichen und im Anschluss folgender Satz ergänzt werden:

„Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht im direkten

Zusammenhang mit den Betreuungszeiten in den Tageseinrichtungen.“

2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 28.01.2018 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

- In der Antwort auf Frage 2 wird der zweite Satz wie folgt gefasst:

„Da die Kindeswohlsicherung in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung liegt, werden detaillierte Handlungsanweisungen für den internen Dienstgebrauch von Seiten der Aufsichtsbehörde nicht eingefordert.“

- In der Antwort auf Frage 4 werden die ersten beiden Absätze ersatzlos gestrichen. Im nunmehr ersten Satz werden die Wörter „des Waschraums“ ersatzlos gestrichen.

3. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3506.) "Ungeziefer im Kraftwerksumfeld – wo liegen die Ursachen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 1875/19)

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 27. Februar 2018 aus.

3507.) "Zukünftige Trassenführung der B 6n"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1876/19)

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 20. Februar 2018 aus.

3508.) "Wann wird das Jugendamt in die Lage versetzt, gesetzliche Aufgaben vollumfänglich und zeitnah wahrnehmen zu können?"
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1877/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ das Wort „wird“ durch „ist“ ersetzt wird.
2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 1877/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 28. November 2017 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

3509.) "Veröffentlichung von Verträgen der öffentlichen Hand gemäß Informationsfreiheitsgesetz"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1878/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 07.02.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 7. Februar 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Im letzten Satz des ersten Absatzes der Antwort auf Frage 6 werden die Wörter „oder Rechtsverbindlichkeit“ ersatzlos gestrichen.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3510.) "Entwicklung der Kulturförderung durch die WFB"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 1879/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 12.02.2018)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 12. Februar 2018 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3511.) "Kosten für den Unterhalt von Lesum und Wümme"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 1880/19)

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 27. Februar 2018 aus.

- 3512.) "UETD, Osmanen Germania und andere radikale Erdogan-Anhänger in Bremen"
(Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE)
(Vorlage 1881/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1881/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3513.) Wiedereinbringung des Entwurfs eines Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts (StVereinfG)
(Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 30.01.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt, dass die Freie Hansestadt Bremen zusammen mit weiteren Bundesländern den Entwurf eines „Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)“ [BR-Drs. 684/12] dem Bundesrat mit dem Antrag zuleitet, seine Wiedereinbringung in den Deutschen Bundestag gemäß Art. 76 Absatz 1 Grundgesetz in sofortiger Sachentscheidung nach § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu beschließen.